Entspannen auf dem Dach: Was bei der Bundesgartenschau in Koblenz schon vor neun Jahren ging, soll bald auch in Hamburg möglich sein Foto: Thomas Frey/dpa

Kleiner Baustein für den Klimaschutz

Hamburg will Gründächer fördern. Das ist gut fürs Mikroklima, kompensiert aber nicht einmal den CO_2-Ausstoß der Autos

Von **Karschina Dawood**

Utrecht ist mit gutem Beispiel vorangegangen. Über 316 Bushaltestellen hat die niederländische Stadt im vergangenen Jahr begrünen lassen, Bienen und andere Insekten haben so ein neues Zuhause gefunden.

Gründächer bieten Rückzugsräume, sie filtern Feinstaub und schützen vor Witterungseinflüssen. Sie verbessern das Mikroklima, speichern bis zu neunzig Prozent des Regenwassers und können den Menschen als Dachgarten dienen.

Auch in Hamburg soll es bald mehr von ihnen geben. Im Koalitionsvertrag dieses Jahres haben Grüne und SPD festgehalten, dass zukünftige Gründachbesitzer:innen Fördergelder bekommen sollen. Fünfzig Prozent der Investitionssumme wird dabei von der Stadt übernommen, pro grünes Dach wird ein Zuschuss von 100.000 Euro bewilligt.

Doch auch wenn die Nachfrage nach Gründächern steigt, seien Fördergelder in Höhe von drei Millionen Euro bisher noch nicht ausgeschöpft worden, sagt Jan Dube, Pressesprecher der Hamburger Umweltbehörde.

Es gibt verschiedene Arten, ein grünes Dach zu gestalten. So lässt sich dort eine Flachwiese säen oder auch ein Gemüsegarten mit Sträuchern und Bäumen anlegen, allerdings erfordert das mehr Einsatz.

Für eine Dachbegrünung sind flache Dächer mit einem Neigungswinkel von bis zu dreißig Grad am besten geeignet, nur für diese Dächer gibt es in Hamburg auch Fördermittel. Eine Dachbegrünung kann auch nachträglich vorgenommen werden.

Wurde ein Gründach ordentlich verlegt, dann halte es länger als ein gewöhnliches Dach, sagt Dieter Großmann, Physiker und Mitgründer des Hamburger Ökopol-Instituts für Ökologie und Politik Die Pflanzendecke absorbiere die UV-Strahlen im Licht, die ein gewöhnliches Dach sonst zerstörten.

Mit Dachbegrünung kennt sich auch der Verein Hilldegarden aus, der sich im Medienbunker am Heiligengeistfeld engagiert. Der Verein betreibt dort nicht nur eine Galerie, die von lokalen Künstler:innen selbst geführt wird, und eine Gedenkstätte für Opfer des NS-Regimes, sondern macht sich auch dafür stark, dass das Dach des Bunkers begrünt wird. Auf dem Bunker solle eine Gemeinschaftsfläche entstehen, die für alle Bürger:innen kostenlos zugänglich sei, sagt Vereinssprecher:in Urte Ußling. „Wir wollen eine neue Art von Stadtnatur, die Verbindung von alt und neu."

Trotz aller städtischer Unterstützung ist ein Gründach kein leichtes Unterfangen. Achten Handwerker:innen nicht darauf, dass die Abdichtung wurzelfest ist, dann verstopft sich die Drainageschicht unter der Flachwiese. Feuchtigkeitsschäden können die Folge sein.

So ästhetisch Gründächer auch sind, sie allein können die Klimakatastrophe nicht aufhalten. Grüne Dächer in Hamburg könnten in Hamburg nicht einmal das kompensieren, was an Diesel- und Benzinabgasen ausgestoßen werde, sagt Dieter Großmann. „Gründächer sind nur ein kleiner Baustein, wenn man Hamburg CO_2-neutral umwandeln will."

Anzeige

Ankauf • Verkauf • Vermietung

Für unsere Kunden suchen wir Wohnungen, Häuser, Büros und Grundstücke zum Kauf.

KURWAN IMMOBILIEN IVD
Immobilienkompetenz seit 1993
Inhaber: Dipl.-Volkswirt Hans-Joachim Kurwan

Tel.: 040 - 31 79 45 40 • Fax: 040 - 31 79 46 06
www.kurwan.de • info@kurwan.de

Investoren im Aufwind

Teure Häuser werden noch teurer: Die Immobilienpreise in guten Lagen ziehen im Norden weiter an. Spitzenreiter bleibt Kampen auf Sylt

Häuser und Eigentumswohnungen in Schleswig-Holstein haben sich in den vergangenen zwei Jahren fast überall weiter verteuert. Dies geht aus dem Immobilienatlas 2020 der Landesbausparkasse (LBS) hervor.

„Die Coronapandemie hat die Nachfrage nach Wohnimmobilien und auch Ferienimmobilien nochmals gesteigert", sagte der Geschäftsführer der LBS Immobilien Schleswig-Holstein, Wolfgang Ullrich. Die Nachfrage übersteige das Angebot bei Weitem. Die Gefahr einer Immobilienblase bestehe darum nicht, nicht einmal im Hamburger Umland.

Am teuersten ist es weiterhin mit Abstand auf Sylt. Dort stiegen die Preise für bestehende Häuser seit 2018 um 25 Prozent auf den jetzigen Inseldurchschnitt von knapp 13.300 Euro je Quadratmeter. Wer in Kampen ein Haus mit 100 Quadratmetern Wohnfläche kaufen will, muss 2,3 Millionen Euro zahlen. In Hörnum an der Südspitze der Insel reichen dafür 700.000 Euro.

An der Nordsee zählen auch Amrum, Föhr und St. Peter-Ording zu den Hochpreisgebieten. An der Ostsee gilt das besonders für Timmendorfer Strand und Travemünde.

Auch im Hamburger Umland zogen die Preise weiter an. In zehn von elf untersuchten Orten verteuerten sich Bestandsimmobilien zwischen Januar und Juli dieses Jahres um bis zu 9,1 Prozent. Eigentumswohnungen in Elmshorn liegen etwa nun bei einem Quadratmeterpreis von nunmehr gut 2.100 Euro.

Hamburger Umland besonders kostspielig

Am teuersten sind Immobilien im Hamburger „Speckgürtel". In Ahrensburg kosten Wohnungen gut 3.200 Euro je Quadratmeter, Ein- oder Zweifamilienhäuser liegen bei fast 3.800 Euro pro Quadratmeter. Auch Norderstedt, Wedel und Reinbek gehören zu den besonders teuren Wohnorten in der Region.

Hohe Preise werden auch in einigen Stadtteilen in Kiel und Lübeck verlangt. In der Landeshauptstadt sind für eine bestehende Wohnung in Ravensberg, Brunswik und Düsternbrook im Schnitt rund 3.500 Euro je Quadratmeter zu zahlen, 14 Prozent mehr als vor zwei Jahren. Auffällig sind Steigerungen um bis zu 40 Prozent in Stadtteilen mit bisher eher niedrigen Preisen.

In Lübeck erhöhte sich der Quadratmeterpreis bei Wohnungen in der teuren Altstadt um fast 30 Prozent auf 3.550 Euro, in Travemünde auf gut 4.100 Euro.

Gesunken ist dagegen das Angebot an Wohnimmobilien mit Quadratmeterpreisen unter 2.000 Euro. Nur noch gut ein Fünftel aller Bestandshäuser bewegt sich in diesem Segment. Am günstigsten waren zuletzt Häuser in Rendsburg mit gut 1.400 Euro je Quadratmeter.

LBS-Immobilienexperte Ullrich erwartet, dass der Norden ein gefragtes Wohn- und Urlaubsland bleibt. Das Angebot gerade an preiswerten Wohnimmobilien werde die Nachfrage nicht decken. „Daher erwarte ich, dass die Preise in den jetzt noch günstigeren Lagen weiter anziehen werden." *(dpa)*

Erstbezug: Großzügige, moderne Mietwohnungen

für junge Familien, Senioren und Genießer
Alle Wohnungen sind barrierefrei
und z.T. behindertengerecht

Wohnungsgrößen ab 54 qm bis 132 qm
mit Terrasse, Balkon oder Dachterrasse - Südlage
Einzug ab Dezember 2020
Hochwertige Ausstattung, Videoüberwachung
im Eingang, moderne Einbauküche
Direkt im Grünen mit KITA und Spielplatz
Service und Pflegedienst im angrenzenden Quartier

Ihre Ansprechpartnerin: Diana Rose
Telefon: 03881 / 755 185 30 · Mobil: 0151 / 212 599 68
info@wohnvillen-am-golfplatz.de · www.wohnvillen-am-golfplatz.de

stein auf stein

Den Umbau von Büros zu Wohnungen hat der Verband der norddeutschen Wohnungsunternehmen empfohlen. Infolge der Coronapandemie, zunehmender Digitalisierung und mobilen Arbeitens werde der Bedarf an Gewerbeimmobilien sinken, erklärte der Verbandsdirektor und ehemalige SPD-Politiker Andreas Breitner. Die Umwandlung von Gewerbe- in Wohnimmobilien wäre aus seiner Sicht auch aus Gründen des Klimaschutzes sinnvoll. „Die notwendige Infrastruktur für die Gebäude, die Anbindung an den ÖPNV und umliegende Geschäfte sind vorhanden." Es müssten auch keine neuen Flächen versiegelt werden. *(dpa)*

Der Niedersächsische Staatspreis für Architektur 2020 geht an das Projekt „Neues Wohnen an der Alten Dohrener Straße, Hannover". Mit der spielerischen Anordnung der vier Punkthäuser sei ein attraktives Wohnquartier entstanden, erklärte die Jury. Besonderes Merkmal der Gebäude in der Nähe des Maschsees sind die aufwendig gestalteten Fassaden mit rotem Klinkerstein. *(epd)*

„50 Prozent der Hamburger Bevölkerung sind berechtigt, eine geförderte Wohnung zu beziehen“

Wohnraum ist knapp, die Mieten explodieren: Tobias Behrens von „Stattbau Hamburg“ über gemeinschaftliches Wohnen und die Vorzüge des bei Spekulanten verhassten Erbbaurechts

Interview
Harff-Peter Schönherr

taz: Herr Behrens, in Hamburg hat der Verein „Mieter helfen Mietern“ jüngst mit den Volksinitiativen „Keine Profite mit Boden & Miete“ die Bürgerschaft verpflichtet, sich in Sachen preisgünstiger Wohnraum zu positionieren. Hat dieser Erfolg Sie überrascht?

Tobias Behrens: Überhaupt nicht. Das Thema bewegt ja viele Menschen: Wohnraum ist knapp, die Mieten explodieren. Überrascht hat mich nur, dass die Unterschriften trotz Corona so problemlos zusammengekommen sind.

„Mieter helfen Mietern“ gehört zu Ihren Gesellschaftern. Haben Sie an „Keine Profite mit Boden & Miete“ mitgewirkt?

Nicht direkt, aber wir haben stellenweise ein bisschen Hilfestellung gegeben. Ein paar Verallgemeinerungen der Initiativen fand ich schwierig, aber es ist natürlich nicht leicht, so was auf nur wenige, plakative Sätze runterzubrechen.

„Keine Profite mit Boden & Miete“ fordert, Grundstücke der Stadt nur noch per Erbbaurecht zu vergeben. Zudem müsse der Bau bezahlbarer Wohnungen angeregt werden. Forderungen, die Sie unterschreiben?

Absolut. Wir sind schon lange Freunde des Erbbaurechts; es ist ja ein Instrument, langfristig die Flächennutzung zu steuern. Besonders für kapitalschwache Bauherren bringt es Vorteile. Und was preiswerten Wohnraum angeht: 10.000 neue Wohnungen kommen pro Jahr in Hamburg dazu, ein Drittel davon sind geförderte Mietwohnungen, ein Drittel frei finanzierte, ein Drittel Eigentumswohnungen. Das erste Drittel müsste auf 50 Prozent aufgestockt werden. 50 Prozent der Hamburger Bevölkerung sind ja berechtigt, eine geförderte Wohnung zu beziehen, da wäre das eine gute Analogie. Vor allem viele Neuzuziehende sind Geringverdiener – Studenten, Schüler, Berufsanfänger. Für die sieht es auf dem Wohnungsmarkt richtig schwierig aus.

Wo liegen da derzeit die größten Probleme?

Anzeige

Früher hatte Hamburg eine große Zahl geförderter Wohnungen – knapp 400.000. Aber die schmilzt stark ab; derzeit sind es nur noch rund 80.000 und es fallen jährlich viel mehr Wohnungen aus der Förderung heraus als neue dazukommen. Im frei finanzierten Markt liegen die Preise jetzt schon bei 12 bis 20 Euro pro Quadratmeter, und die Zone der Hochpreismieten breitet sich zentrifugal aus, von der Mitte der Stadt in die Außenbezirke. Unter zwölf Euro pro Quadratmeter bekommt man keine frei finanzierte Wohnung mehr. Viele Haushalte müssen bis zur Hälfte ihres Einkommens für das Mieten und Beheizen einer Wohnung ausgeben. Das ist viel zu viel.

Der Markt, heißt es ja oft, regelt das alles schon selbst. Aber stimmt das?

In den letzten Jahrzehnten war das ja immer die Ansage der Bundesregierung: Der Markt richtet das, der Staat kann das nicht steuern. Das hat zu einer immer größeren Liberalisierung geführt. Aber im Moment dreht sich das langsam wieder; die Missstände in der Wohnraumversorgung sind ja überdeutlich. Viele Städte haben schon in praktische Politik umgesetzt, was „Keine Profite mit Boden & Miete“ fordert. Das Problem ist: Die traditionelle Wohnungswirtschaft schießt total dagegen. Erbbaurechte sind für Spekulanten unattraktiv, irgendwann fällt das Grundstück ja wieder an die Stadt, und das beeinflusst den Preis. Was uns besonders ärgert: Auch die ehemals gemeinnützige Wohnungswirtschaft Hamburgs läuft Sturm. Sie hat sogar gedroht, mit dem Bauen aufzuhören, sich nicht mehr an städtischen Ausschreibungen zu beteiligen, wenn sie im Erbbaurecht vergeben werden. Das ist schon sehr grenzwertig.

Der Name „Stattbau“ klingt, als repräsentiere er eine Programmatik.

Der kommt aus den 80ern, da haben wir uns ja gegründet. Damals wollte die Stadt ganze Viertel abreißen, instandsetzungsfähige Altbauten in Sanierungsgebieten, und dem haben wir entgegengesetzt: Statt Abriss Bauen = Stattbau. Außerdem haben wir ein bisschen abgeschrieben. Zwei Jahre zuvor hatte sich ja die „Stattbau Berlin“ gegründet.

Was ist Ihre Kernaufgabe?

Wir sehen uns als Baubetreuer. Nehmen wir an, da ist eine Baugemeinschaft aus 20 Familien, die noch nie gebaut hat. Die braucht natürlich Beratung. Wir helfen fachunkundigen Bauherren, ihr Bauvorhaben umzusetzen. Die Idee dahinter: Wir halten nichts davon, dass es nur eine Handvoll großer Wohnungsbaugesellschaften gibt. Wir wollen die Stadt der Bürger, die Stadt vielschichtiger Bauherrenschaften. Wir helfen, Grundstücke zu erwerben, Planer zu beauftragen, Finanzierungen sicherzustellen, vor allem im Bereich gemeinschaftlichen, nicht gewinnorientierten Wohnens.

Am 20. November findet der Auftakt Ihrer 14. Hamburger Wohnprojekte-Tage statt. Es geht um Erbbaurechte und Gemeinwohlorientierung. Genau das Thema der Volksinitiativen?

Das hat nicht primär mit diesen Initiativen zu tun; das sind die zentralen Themen, die in den letzten Jahren hier in Hamburg diskutiert worden sind. Viele Kleingenossenschaften suchen Objekte. Aber für viele ist die Umsetzung schwer, denn die Gestaltungsanforderungen der Bezirke, der Stadtplanungsämter, des Oberbaudirektors, sind sehr hoch – was die Kosten hochtreibt. Auch das werden wir diskutieren.

Der Begriff „Gemeinwohl“ gewinnt in der wohnungspolitischen Debatte generell wieder an Bedeutung?

Absolut. Viele denken ja, unsere gemeinschaftlichen Wohnformen sind ein elitäres Lebensmodell, nur ein Lebensstil. Aber das ist falsch. Die Gesellschaft entwickelt sich weiter, und die Standardfamilie mit ihren lebenslangen Bindungen bröckelt dahin. Viele Menschen suchen nach neuen Sozialbezügen, auch für ihr Alter – dies können gemeinschaftliche Wohnformen bieten.

In Berlin hieß es ja: Unternehmen, die mit Wohnraum spekulieren, hohe Mietpreissteigerungen durchdrücken, müssten notfalls enteignet werden. Wie stehen Sie zu dieser Idee?

In Hamburg wird die Diskussion nicht so heiß geführt, und eine Enteignung durchzusetzen, dürfte politisch wie juristisch auch ziemlich herausfordernd sein. Aber ich finde es grundsätzlich richtig, dass man jemandem, der aus Spekulationszwecken Wohnraum verkommen lässt, unnutzbar hält, diesen Wohnraum wegnehmen sollte. Ich finde es wichtig, das zu diskutieren. Das setzt ein Signal.

Der Non-Profit-Sektor erfährt derzeit ja ohnehin erhöhte Aufmerksamkeit.

Wir haben in Hamburg 30 alte Genossenschaften, teils bis 100 Jahre alt. Sie halten 130.000 Wohnungen. Bei insgesamt 800.000 ist das eine ziemliche Marktmacht. Noch mal 130.000 Wohnungen hält das städtische Wohnungsunternehmen, die Saga. Hinzu kommt, seit Ende der 70er, eine Gründungswelle neuer Genossenschaften, die wir als „Stattbau“ vielfach mitentwickelt haben. Das sind 35 kleine Genossenschaften, die größte mit 300 Wohnungen, verwaltet werden sie von der Verwaltungsgesellschaft P 99.

Auch sie ein Kind der „Stattbau“.

Wir haben sie mit zwei anderen Gesellschaftern 1999 gegründet, um die Szene zu stabilisieren und zu professionalisieren. Vor 30 bis 40 Jahren gab es bei den Altgenossenschaften starke Abgrenzungserscheinungen gegen diese jungen Wilden. Aber heute sitzt da eine neue Generation in den Vorständen, die Selbstverwaltungs- und Mitbestimmungswünsche sehr ernst nimmt. Mittlerweile machen wir viele Projekte zusammen.

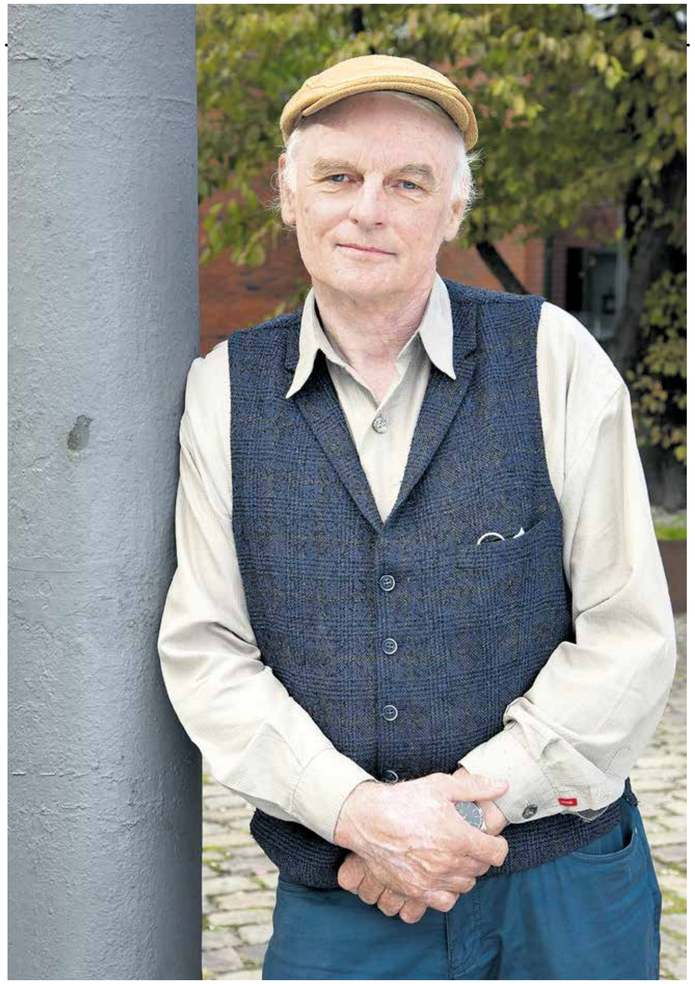
Wie ist die Chance kleinerer Wohnprojekte in Hamburgs großen Stadterneuerungsgebieten?

Die Zielvorgabe der Stadt ist: 20 Prozent Baugemeinschaften, auch bei Arealen wie Oberbillwerder oder Wilhelmsburg, wo es um Tausende neuer Wohneinheiten geht. Aber das wird zurzeit noch selten erreicht. Immerhin: Wohnprojekte werden jetzt als Qualitätsmerkmale ernst genommen, als Pioniere der Gestaltung ganzer Stadtteile.

Sind Wohnprojekttage wie die Ihren eigentlich selten, bundesweit?

Nein, das ist nicht nur eine Hamburgensie. Mittlerweile gibt es sie in vielen Städten, und das ist natürlich schön.

14. Hamburger Wohnprojekte-Tage: Baugemeinschaften und Gemeinwohl, 20. 11., Bürgerhaus Wilhelmsburg, Hamburg



Tobias Behrens Jahrgang 1955, Studium der Literatur- und Politikwissenschaft in Hamburg, Promotion 1983, danach Geschäftsführer des Stadtteilkulturzentrums „Motte“ und ab 1993 Geschäftsführer der Stattbau Hamburg.

Foto: Berndt Andresen

Sylvia Sonnemann
Der Miethai

Die Kosten für die Modernisierung zu überprüfen, lohnt sich

Modernisierungszuschläge auf die Miete sind seit 2019 begrenzt worden. Niedrige Mieten unter sechs Euro netto kalt dürfen nur um maximal zwei Euro, höhere Mieten um maximal drei Euro je Quadratmeter erhöht werden. Auch können nur noch acht Prozent der Modernisierungskosten auf die Jahresmiete umgelegt werden. Am Ende ist das immer noch eine ganze Menge Geld.

Jetzt hat der Bundesgerichtshof noch einmal die Rechtsprechung nachjustiert. Vermieter*innen müssen bei Modernisierungsmaßnahmen nicht nur anstehende Reparaturen, sondern auch künftige Reparaturen, also quasi die abgewohnte Qualität eines Bauteils von den Modernisierungskosten abziehen. Der BGH stellt klar, dass Modernisierungsvorschriften im Mietrecht den Vermieter*innen nicht die Umlage von Instandsetzungskosten ermöglichen sollen.

Ein Beispiel: Ihre Vermieterin will die Fenster erneuern und durch Dreifach-Isolierverglasung ersetzen. Das verbessert den Schall-und Wärmeschutz. Nach der alten Rechtsprechung müsste ihre Vermieterin keine Abzüge für Instandhaltungen vornehmen, wenn die vorhandenen Fenster funktionstüchtig sind – auch wenn sie vielleicht schon 30 Jahre alt sind. Jetzt müssen aber fiktive Instandhaltungskosten angerechnet werden. Diese richten sich nach Qualität, Zustand und Lebensdauer der Fenster und sind von den Gerichten zu schätzen.

Berechnung der Instandhaltungskosten, die angefallen wären

Hier darf man auf Berechnungsmethoden gespannt sein. Es liegt nahe, von der typischen Lebensdauer der Bauteile auszugehen. Listen darüber gibt es bei Versicherungen und auch Bauingenieur*innen haben hierzu Erfahrungswerte und Berechnungsmethoden. Würde man im Beispielsfall für die in die Jahre gekommenen alten Fenster eine Lebensdauer von 40 Jahren ansetzen, dann müsste die Vermieterin also drei Viertel der Einbaukosten für neue Fenster (in der Qualität der zuvor eingebauten Fenster) von den aktuellen Modernisierungskosten abziehen.

Das kann also zu lohnenden Reduzierungen führen. Ein Tipp: Sichern Sie vor Beginn einer Modernisierung Beweise, wie der alte Zustand aussah, indem sie die Bauteile fotografieren oder einen Fachbetrieb draufschauen lassen – Mieter helfen Mietern empfiehlt in Einzelfällen einen mit dem Verein kooperierenden Bausachverständigen.

Sylvia Sonnemann ist Geschäftsführerin von Mieter helfen Mietern, Hamburger Mieterverein e. V.

Interessenverband Mieterschutz e.V.
Ihre Experten im Mietrecht
Auch für Gewerbe
• € 49,50 Jahresbeitrag • Telefon- und Emailberatung • Abendtermine
• Keine Aufnahmegebühr • Erfahrene Rechtsanwälte • Bundesweit
• Kostenloser Schriftverkehr • Seit 40 Jahren • In Ihrer Nähe
Fuhlsbüttler Str. 108 | 22305 Hamburg | Telefon (040) 690 74 73
hamburg@iv-mieterschutz.de | www.iv-mieterschutz.de

UNABHÄNGIGE ENERGIEBERATUNG
verbraucherzentrale Energieberatung
Sie wollen erneuerbare Energien nutzen, Fördermittel erhalten und Ihren ökologischen Fußabdruck verkleinern?
Wir helfen Ihnen dabei!
Terminvereinbarung kostenfrei unter
0800 – 809 802 400
www.verbraucherzentrale-energieberatung.de
verbraucherzentrale Niedersachsen
Gefördert durch das BMWi.

ad fontes
Solarwärme ▪ Holzpellets ▪ Bäder
Photovoltaik ▪ Gasbrennwert
Elbe-Weser
Drangstedter Str. 37
27624 Geestland
Tel. 04745-5162
Lüneburg
Südergellerser Str. 5
21394 Kirchgellersen
Tel. 04135-8333
Hamburg
Gaußstraße 158
22765 Hamburg
Tel. 040-430 60 41
www.adfontes.de

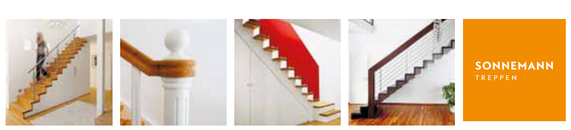
Hamburg/Schleswig-Holstein/Mecklenburg/Nordniedersachsen
www.naturfarben-hamburg.de
KREIDEZEIT Naturfarben GmbH
Martin Krampfer
Telefon: 040 – 490 87 68
Händler / Verarbeiter / Seminare
KREIDEZEIT Naturfarben GmbH

Nachhaltiger kann Sparen nicht sein
Machen Sie mehr aus Ihrem Bett!
www.bettundraum.com
15% Rabatt*
Ein Hüsler Nest Schlafsystem macht mehr aus Ihrem Bett. Stellen Sie sich Ihr individuelles Schlafsystem zusammen und profitieren Sie diesen Herbst vom absoluten Vorzugspreis.
*Aktion gültig von 01.10.20 bis 30.11.20 beim Kauf eines kompletten Hüsler Nest Schlafsystems inkl. MwSt.-Vorteil. Nicht kombinierbar mit anderen Rabatten.
BETTUNDRAUM
Hüsler Nest Store Hamburg
Große Elbstraße 68 (stilwerk)
22767 Hamburg | T 040 38 6142 26
HÜSLER NEST
Das original Schweizer Naturbett.

AURO
Deine Farben wachsen nach
Neue Wunschfarben. Ökologisch und bunt.
790 trendige Farbnuancen für Wand und Decke.
COLOURS FOR LIFE
Mordhorst
HOLZFACHHANDEL
BAUBIOLOGISCHER FACHHANDEL
H.J. Mordhorst Holzhandel KG
Kieler Straße 367 - 22525 Hamburg
Fon: 040-54 88 77 - 61
www.mordhorst-hamburg.de

Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/einen
Fachverkäufer(in)
(m/w/d) für unseren Baubiologischen Fachhandel (20-30 Std./Wo.)
Sie sollten über **kaufmännische Grundkenntnisse** verfügen, sich bestens mit **Holzwerkstoffen / Farben** auskennen und ein **ökologisches Grundinteresse** mitbringen. Weitere Fachkenntnisse aus den Bereichen Naturbaustoffe, Lehm, Kalk, Linoleum etc. wären von Vorteil.
Darüber hinaus sind Sie **teamfähig** und verfügen über die Fähigkeit **auf Kunden zugehen zu können**. Die Stelle ist **speziell auch für Wiedereinsteiger** geeignet.
Bitte richten Sie Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen per eMail an:
info@mordhorst-hamburg.de oder per Post an:
H. J. Mordhorst Holzhandel KG
Baubiologischer Fachhandel · Kieler Str. 367
22525 Hamburg · Tel. 040 / 54 88 77-0
www.mordhorst-hamburg.de

WOHNUNGSPOLITISCHE FACHTAGUNG DER 14 HAMBURGER WOHNPROJEKTE-TAGE
FREITAG, 20. NOVEMBER 2020 16 – 20 UHR: Fachtagung mit Podiumsdiskussion.
Themen: Baukosten und Fördermöglichkeiten, Erbbaurechte und Gemeinwohlorientierung und allgemein die Frage, wie es mit den Baugemeinschaften weiter gehen kann.
Ort: Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20, 21107 Hamburg
Die Teilnahme ist kostenlos. Eine Anmeldung ist erforderlich.
Mehr Informationen auf www.stattbau-hamburg.de
STATTBAU HAMBURG



DER TREPPENPROFI —
KOMPETENT – INNOVATIV – IHR PARTNER BUNDESWEIT
online@sonnemann.de
www.sonnemann.de
T 05101 92 83-0
F 05101 92 83 83

impuls 21 baugesellschaft
Maurer- und Stahlbetonarbeiten
Fliesenarbeiten + Trockenbau
bei Neubau, Umbau, Sanierungen
☎ 040-22 85 39 78 0
mail@impuls21.eu
www.impuls21-bau.eu
Weitere Infos:
www.impuls21.eu